

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**10.10.2013**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
Schriftführung  
Petra Weymans  
Telefon-Nr.  
**02202-142554**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
**Sitzung am Dienstag, 02.07.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:04 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 23.04.2013  
- öffentlicher Teil -  
0306/2013**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6**     **Schulentwicklung Primarstufe 2014 bis 2016**  
*0326/2013*
- 7**     **Aktionsplan Inklusion (Zweite Lesung)**  
*0253/2013*
- 8**     **Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2012**  
*0256/2013*
- 9**     **Jahresbericht Kultur 2012**  
*0309/2013*
- 10**    **Jahresbericht des Stadtarchivs 2012**  
*0249/2013*
- 11**    **Theaterbericht 2012 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**  
*0289/2013*
- 12**    **Jahresbericht 2012 des Fördervereins des Schulmuseums Bergisch Gladbach e.V.**  
*0311/2013*
- 13**    **Jahresbericht 2012 Bürgerzentrum Steinbreche**  
*0286/2013*
- 14**    **Seniorenkulturwoche**  
*0293/2013*
- 15**    **Kulturprojektförderung 2012**  
*0310/2013*
- 16**    **Anträge der Fraktionen**
- 17**    **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Frau Lehnert merkt an, sie habe in der letzten Sitzung unter TOP 7 – Sachstand Errichtung neue Gesamtschule – gefragt, in wie weit die Bedingung der verkehrlichen Anbindung der neuen Gesamtschule von der Senefelder Straße aus, umgesetzt worden sei. Sie möchte ihre Frage gerne wiederholen und wissen, wie der derzeitige Sachstand sei.

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 23.04.2013 - öffentlicher Teil - *0306/2013*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

## 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey möchte auf die Frage von Herrn Neu aus der letzten Sitzung zur Prüfung des Finanzierungsanteils des SV 09 am Stadionbau antworten. Die Aufgabe der Verwaltung sei darauf zu achten, dass die Stadt nicht in eine problematische Lage gerate. Das Stadion bleibe im Eigentum der Stadt. Der SV 09 leiste einen Zuschuss, den er durch einen Kredit bezahlen wolle. Dies sei allein Angelegenheit des Vereins. Da hier auch keine Bürgschaft der Stadt im Raume stehe, müsse auch keine vertiefte inhaltliche Prüfung seitens der Stadt erfolgen.

Herr Dr. Speer weist auf die verschiedenen Mitteilungen der VHS, des Hauses der Musik und der Städtischen Galerie Villa Zanders hin. Es gebe auch ein neues Programm zum Max Bruch-Musik-Festival. Er freue sich, dass dieses Musikfestival so gut angenommen worden sei und danke den Initiatoren, Frau Koshofer, Frau Bischoff und Herrn Herweg für dieses tolle Programm. Der Stadtverband Kultur habe allen Ausschussmitgliedern seine Festschrift zum 10-jährigen Bestehen auf den Tisch legen lassen. Zuletzt möchte er auf die Tischvorlage zum Jugendkulturfestival 2013 aufmerksam machen, welches im Bergischen Löwen und im Q1 Jugend-Kulturzentrum stattfindet. Besonders hervorzuheben sei hier, dass die Programmierer das Thema Inklusion aufgegriffen hätten. Es fänden gemeinsame Workshops von Kindern mit und ohne Behinderung statt. Weitere Informationen könne man der Tischvorlage entnehmen.

## 6. Schulentwicklung Primarstufe 2014 bis 2016 *0326/2013*

Herr Neu sieht ein Problem in den einzügigen Grundschulen. Dies sei eine Aufgabe, die in naher Zukunft zu lösen sei.

Frau Lehnert stimmt dem zu. Auch die CDU-Fraktion sehe hier zukünftig Probleme. An fast allen Standorten - außer in Bensberg - würden die Schülerzahlen zurückgehen. Je nach Anmeldeverfahren werde die ein oder andere Grundschule zwei- oder einzügig starten. Auch die Anzahl der Inklusionskinder, die zukünftig vielleicht vermehrt die Regelschule besuchten, müssten berücksichtigt werden. Irgendwann werde jedoch eine abgewogene Entscheidung zu treffen sein.

Herr Dr. Miede ergänzt, es gebe derzeit fünf Grundschulen, die ein- bis 1,5-zügig seien. Die Klassen in der Grundschule hätten einen Klassenlehrer. Fachunterricht könne auf Grund des Lehrer-/Schüler-Schlüssels praktisch nicht erteilt werden. Diese kleinen Schulen seien auf Dauer nicht existenzfähig. An Maßnahmen käme man nicht vorbei.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** ohne Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

**Der Rat möge beschließen:**

**Die Zügigkeit der städtischen Grundschulen und ihre zahlenmäßige Weiterentwicklung werden wie in den anliegenden Tabellen dargestellt beschlossen.**

7. **Aktionsplan Inklusion (Zweite Lesung)**  
0253/2013

Herr Dr. Speer teilt mit, der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann habe den Aktionsplan Inklusion (Zweite Lesung) in seiner Sitzung am 27.06.2013 einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Miede schlägt vor, die einzelnen Kapitel des „Aktionsplans Inklusion (Zweite Lesung)“ nacheinander zu behandeln.

Frau Lehnert weist darauf hin, dass eine Abstimmung über die vorgesehene finanzielle Ausstattung zur Umsetzung des Aktionsplans nur vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltes geschehen könne.

Herr Dr. Speer verweist auf die Formulierung im Beschlussvorschlag, wonach im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 eine Entscheidung getroffen werde. Es werde hier kein Vorgriff auf das Budgetrecht des Rates genommen.

*Kapitel 1: „Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ – UN-Behindertenkonvention*

Es werden keine Anmerkungen und Fragen vorgetragen.

*Kapitel 2: Entwicklung des Aktionsplans Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach*

Frau Winkels hat eine Frage zur Moderation und Geschäftsführung der Steuerungsgruppe (Seite 24). Sie möchte gerne wissen, wer diese leitet. Ferner möchte sie gerne wissen, welche Vorbereitungen bereits getroffen worden seien.

Herr Buhleier antwortet, die Moderation dieser Steuerungsgruppe sei durch ihn erfolgt. Die Steuerungsgruppe sei gegründet worden, um den Aktionsplan Inklusion zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe habe in drei Sitzungen das Leitbild bzw. die Grundlagen und die Arbeitsschwerpunkte erarbeitet. Ferner habe die Steuerungsgruppe in den größeren Arbeitsgruppen mitgearbeitet. Die Arbeit der Steuerungsgruppe sei nun beendet, weil die Steuerung der Umsetzung durch den Inklusionsbeirat und durch die politischen Ausschüsse und den Rat gesteuert werde.

Herr Kamp möchte gerne wissen, ob bekannt sei, wie viele Menschen in Bergisch Gladbach von der Inklusion betroffen seien. Daraus könne man ja auch Rückschlüsse ziehen, ob die vorgesehene Finanzierung standfest sei.

Herr Buhleier erklärt, vom Thema Inklusion seien alle betroffen. Barrierefreiheit z.B. betreffe nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch Seniorinnen und Senioren. Inklusion bedeute, eine Stadtgesellschaft, die in Vielfalt lebe. Ob ein Mensch behindert sei oder nicht, werde in der Einwohnerstatistik nicht erhoben. Ziehe man die Anzahl der Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis zu Rate, so gebe es ca. 7 Mio. Menschen mit mehr als 50 % Schwerbehinderung in der Bundesrepublik. Bei der Höhe der Mittel habe man sich am Integrationskonzept Zugewanderter Menschen orientiert. Inklusion sicherzustellen sei auch nicht alleine die Aufgabe des Fachbereiches Jugend und Soziales, sondern viele Bereiche seien betroffen.

*Kapitel 3: Grundaussagen zum Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach*

Frau Beisenherz-Galas hat noch eine Frage zum Handlungsfeld „frühe Förderung“ der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Stadt Bergisch Gladbach habe drei Arbeitsschwerpunkte formuliert.

Das Handlungsfeld „frühe Förderung“ sei kein Arbeitsschwerpunkt, aber trotzdem sehr wichtig. Sie möchte gerne wissen, ob es zur „frühen Förderung in den Kindertagesstätten“ bereits Pläne gebe.

Herr Buhleier erklärt, der Gedanke der Inklusion sei bei Kleinkindern einfacher umzusetzen als in vielen anderen Bereichen. Es gebe in Bergisch Gladbach integrative Kindertagesstätten, wo kleine Kinder mit und ohne Behinderung mit Hilfe pädagogischer Konzepte miteinander spielen lernten und ihren Alltag verbrächten. Dies funktioniere ganz hervorragend. Das Thema Kinder finde man auch weiterhin in dem Arbeitsfeld Bildung. Es habe auch bereits eine Fortbildung zum Thema „Index für Inklusion in Kindertagesstätten“ stattgefunden. Dieses Thema sei nicht aus dem Fokus, auch wenn es derzeit kein Arbeitsschwerpunkt sei.

Frau Winkels teilt mit, die SPD-Fraktion habe sich noch einmal mit der Definition beschäftigt und finde den Inklusionsbegriff doch sehr weit gefasst. Es bestünden Zweifel daran, ob dies wirklich dem Begriff Inklusion so weitestgehend entspreche. Des Weiteren müsse es Menschen mit Behinderung ermöglicht werden, frei entscheidbar Angebote im Regelsystem wahrzunehmen (Seite 26). Hier stellt sich die Frage, ob dies tatsächlich praktisch so anwendbar sei und nicht eine Überforderung verschiedener Gruppe darstelle.

Herr Buhler findet, Zweifel an der erweiterten Definition von Inklusion seien erlaubt. Es gebe auch eine engere Diskussion von Inklusion, um zu einem Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu kommen. Bei dem erweiterten Begriff gehe es aber nicht nur um Menschen mit und ohne Behinderung. Es gehe um ein gemeinsames buntes Leben in Vielfalt, weg von Dualitäten und Gegensätzen und auch weg davon, den Menschen in seinen Schwächen zu sehen, sondern in seinen Unterschiedlichkeiten und seinen Stärken. Aus diesem Grund werde der Begriff so diskutiert und sei auch so stimmig. Die Grundaussage zum Aktionsplan Inklusion sei ein Leitbild, eine Vision. Es werde damit auch ein Idealbild beschworen. Zu der Aussage, „Menschen mit Behinderung muss es ermöglicht werden, frei entscheidbare Angebote im Regelsystem wahrzunehmen“ erklärt Herr Buhleier, es gebe in Deutschland rund 500.000 Menschen mit einer geistigen Behinderung. 95 % dieser Menschen hätten nur eine leichte oder mittelgradige geistige Behinderung, d.h. sie seien durchaus in der Lage sich zu artikulieren und zu sagen, was die wüssten und was sie wollten. Es gebe nur 5 % mit einer schweren oder schwersten geistige Behinderung, d.h. die einen Entwicklungsstand bzw. eine Intelligenzstufe eines Kindes von drei oder 6 Jahren hätten. Aber auch diese könnten einiges von sich kundtun, bräuchten dazu allerdings auch Unterstützung und Menschen, die sich um sie kümmern. Er finde, bei dem Thema „frei zu entscheiden“ gehe es darum, den Entwicklungsstand des Einzelnen in die Entscheidung mit einzubeziehen. Das Menschenbild, welches dahinter stehe, sei ein sehr wichtiges.

#### *Kapitel 4: Ziele und Maßnahmeempfehlungen zu den drei Handlungsfeldern*

Frau Dönmez hat eine Anmerkung zu Ziel 7 (Seite 30). Sie finde die Formulierung nicht konkret genug. Diese würde auch nicht ganz der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen. Sie finde, die Formulierung solle hier lauten „Größere Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum sind barrierefrei zu gestalten“.

Herr Buhleier erklärt, dieses Ziel 7 sei aus der aktuellen Diskussion über den Umbau der Fußgängerzone entstanden. Hier habe es immer wieder Beschwerden von Menschen mit Behinderung gegeben. Man habe versucht Abhilfe zu schaffen. Bei größeren Umbaumaßnahmen könnten aber immer wieder Barrieren entstehen. Er empfehle, die Formulierung nicht zu ändern. Es gehe darum Abhilfe zu schaffen, wo es möglich sei. An der ein oder anderen Stelle müsse man aber auch einmal befristet mit Unzulänglichkeiten während einer Baumaßnahme leben; dies gehöre zum menschlichen Leben dazu.

Frau Lehnert stimmt Herrn Buhleier zu. Barrieren bei Umbaumaßnahmen seien nicht überall vermeidbar. Ferner sei die Priorität hier von „niedrig“ auf „hoch“ gesetzt worden.

Frau Winkels möchte gerne wissen, ob es zum Ziel 1, Maßnahme 1.5 (Bildung) „Städtische Fachkräfte werden zum Thema „Inklusion“ fortgebildet“ schon konkrete Kurse bzw. Konzepte gebe.

Herr Buhleier antwortet, der ganze Aktionsplan Inklusion bestehe aus formulierten Zielen und Maßnahmen, die erst noch „mit Leben“ gefüllt werden müssten. Konzepte müssten noch entwickelt werden. Zur Maßnahme 1.5 könnte man z.B. ein Angebot machen bezüglich „Fortbildung zum Thema einfache Sprache“.

Frau Glamann-Krüger spricht die Ziele 14 und 21 an. Hier sei von der Einrichtung einer Lotsenstelle die Rede. Sie möchte gerne wissen, was darunter zu verstehen sei. Ferner gebe es schon umfangreiche Projekte im Kreis. Es gebe den Bildungsatlas, den man sicher auf Menschen mit Behinderung erweitern könne. Es gebe bereits gute Beratungsstellen. Hier solle doch geprüft werden, ob Synergieeffekte nicht genutzt werden könnten.

Herr Buhleier erklärt, es würden keine Doppelstrukturen aufgebaut. Es würde natürlich geprüft, wie eine Lotsenstelle vernünftig umgesetzt werden könne. Ferner kooperiere man mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und prüfe Anknüpfungspunkte an bereits bestehende Angebote.

Frau Beisenherz-Galas hat noch eine Nachfrage zu Ziel 13. Sie möchte gerne wissen, wie viele integrative Kindertagesstätten bzw. Gruppen es in Bergisch Gladbach bereits gebe.

Herr Buhleier verspricht eine Beantwortung dieser Frage mit dem Protokoll.

*[Nachrichtlich Antwort FB 5:*

*In Bergisch Gladbach gibt es 19 Kindertagesstätten mit integrativen Gruppen, davon 2 Kitas mit je zwei integrativen Gruppen, alle anderen haben eine Gruppe. Darüber hinaus gibt es in jedem Jahr mehrere Einzelintegrationen: 2012/13 waren es z. B. in einer Kita zwei Kinder, in 4 Kitas jeweils ein Kind insg. wurden Kindergartenjahr 12/13 125 Plätze mit behinderten Kinder belegt, davon haben allerdings drei Kinder den Platz nur einen Teil des Jahres benötigt.]*

*Kapitel 5: Umsetzung des Aktionsplan Inklusion*

Herr Dr. Miede möchte gerne, dass die Formulierung in Kapitel 5, Absatz 2, letzter Satz „Bei Entwicklungen und Projekten, die das Handlungsfeld „schulische, außerschulische und berufliche Bildung“ betreffen, wird der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS) in die Beratungen einbezogen“ geändert wird. Nur eine Einbeziehung des Ausschusses gehe ihm nicht weit genug. Er habe bei der ersten Lesung am 23.04.2013 bereits um eine Präzisierung gebeten.

Herr Buhleier schlägt folgende Formulierung vor: „Zusätzlich sind Umsetzungen von Maßnahmen, die das Handlungsfeld „schulische, außerschulische und berufliche Bildung“ betreffen, vorher mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS) abzustimmen.“

Hiermit zeigt sich der Vorsitzende einverstanden.

Herr Dr. Miede stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgende modifizierte Beschlussempfehlung:

1. **Der Rat beschließt den Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach und beauftragt die Verwaltung, den Aktionsplan umzusetzen. Vorrangig sollen zunächst die Ziele mit hoher danach die mit mittlerer Priorität umgesetzt werden. Kapitel 5, 2. Absatz, letzter Satz des Aktionsplans Inklusion erhält folgende Fassung: „Zusätzlich sind Umsetzungen von Maßnahmen, die das Handlungsfeld „schulische, außerschulische und berufliche Bildung“ betreffen, vorher mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS) abzustimmen.“**
2. **Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 soll eine Entscheidung über die finanzielle Ausstattung zur Umsetzung des Aktionsplans getroffen werden.**

**8. Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2012  
0256/2013**

Frau Lehnert erklärt, die Zahl der Kinder, die eine Sprachförderung benötigten, sei immer noch erschreckend hoch.

Frau Winkels hat eine Frage zur Finanzierung. Sie möchte gerne wissen, wie die Sprachförderung in den Kindergärten finanziert werde, die nur zwei oder drei Kinder mit Sprachförderbedarf hätten. Ferner möchte sie wissen, ob es Antragsfristen gebe bzw. wie die Gelder zugewiesen würden (Ziffer 3 – Fördergelder für Sprachförderung).

Herr Mömkes möchte gerne wissen, ob bekannt sei, ob überwiegend Kinder mit Migrationshintergrund Sprachförderung benötigten.

Herr Dr. Speer verspricht eine Beantwortung der Fragen mit dem Protokoll.

*[Nachrichtlich FB 5:*

*Antwort des Jugendamtes zu den Fragen von Frau Winkels:*

*Grundsätzlich kann jede Kindertagesstätte ab dem ersten Kind die Förderpauschale von 350 € pro Kind für Sprachförderung erhalten. Es gibt keine Mindest- und keine Höchstgrenze für den Antrag. Darüber hinaus ist eine **zusätzliche** Sprachförderung von 50 € pro Kind unter den in Ziffer 3 der Vorlage genannten Voraussetzungen 1) und 2) möglich. Diese kann jede Kindertagesstätte neben der Förderpauschalen von 350 € erhalten, die mindestens vier aber höchstens neun Kinder mit Sprachförderbedarf hat.*

*Die Träger stellen einen formellen, in Bezug auf die Kinder anonymen, Antrag beim Jugendamt. Die Antragstellung ist während des ganzen Kindergartenjahres bis zum 31.7. möglich. Für das Jugendamt gibt der LVR jährlich wechselnde Termine bekannt, zu denen die Landesmittel beantragt werden können. Nach Bewilligung der Landesmittel erhält der Träger einen Bewilligungsbescheid; der Zuschuss wird in zwei Raten ausgezahlt, entsprechend der Zahlung der Landesmittel. Für die Anträge der Träger, die nach dem LVR-Termin eingehen, werden die Mittel nach der Abrechnung der Sprachförderung mit dem LVR, d. h. nach dem Ende des Kindergartenjahres, bewilligt und ausgezahlt. Die Landesmittel sind von den Kommunen in der Regel ca. August für das begonnene Kindergartenjahr zu beantragen.*

*Antwort des Jugendamtes zur Frage von Herrn Mömkes:*

*Informationen wie Migrationshintergrund sind in den Förderanträgen nicht erhalten, da sie für die Beantragung der Landesmittel nicht erforderlich sind.]*

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**9. Jahresbericht Kultur 2012**  
*0309/2013*

Herr Dr. Miede schlägt vor, die einzelnen Berichte hintereinander zu behandeln. Bezüglich des Berichtes der Produktgruppe Volkshochschule und Haus der Musik bittet er Frau Lehnert die Sitzungsleitung zu übernehmen, da er für die SPD-Fraktion Stellung nehmen möchte.

Produktgruppe Kulturförderung

Herr Kleine dankt Frau Weymans für die kontinuierlich gute Arbeit des Kulturbüros. Dem schließt sich der Ausschuss an. Er habe noch eine Frage zum Interkulturellen Filmfestival. Hier möchte er gerne die Themenschwerpunkte wissen. Bei den Workshops zum Projekt „rhein/medial“ möchte er den Workshop zur Schreibwerkstatt positiv herausheben. Kritisch sehe er bei der Gewährung und Auszahlung verschiedenen Zuschüsse die Höhe der Förderung des Karneval, insbesondere den Zuschuss zur Prinzenproklamation. Dies müsse eventuell bei den Haushaltsberatungen hinterfragt werden.

Frau Bischoff erklärt, die Höhe der Förderung des Karnevals sei bereits deutlich niedriger. Viele Menschen nähmen am Karneval teil, insoweit halte sie persönlich die Förderung für akzeptabel. Sie möchte noch gerne wissen, in wie weit die Kulturrucksackprojekte angenommen würden.

Frau Weymans erklärt, das Filmfestival Nahaufnahme stünde zum dritten Mal unter dem Hauptthema Migration / Integration. Vom 19.11. bis 23.11.2013 würden Filme zum Thema Pflegekräfte aus Osteuropa, Flüchtlinge, Integration durch Sport, Zusammenleben und Städtepartnerschaft gezeigt. Beim Kulturrucksack NRW seien zwei von sechs Projekten abgeschlossen worden. Cajon in der Städtischen Max-Bruch-Musikschule sei gut angenommen worden. Das Projekt Stomp, auch ein Projekt der Musikschule in Kooperation mit dem UFO Jugendkulturhaus sei nicht voll belegt gewesen. Das Projekt „Museumsralley“ schließe vor den Ferien ab und sei gut besucht gewesen. Am Anfang seien auch Kinder gekommen, die die Altersstufe nicht erfüllt hätten. Es hätten aber alle teilnehmen dürfen. Die beiden Projekte in den Sommerferien „Beste Freunde“ und It's showtime“ seien ausgebucht. Das Projekt „MAD“ in Bensberg sei durchgängig gut besucht. Das sechste Projekt sei das Theaterprojekt im Cross, welches noch bis Dezember laufe.

Frau Beisenherz-Galas hat noch eine Nachfrage zu den Mittel für die Förderung des Karnevals und der Kulturprojektförderung. Aufgeführt seien hier 11.752 € für den Karneval und 11.000 € Kulturprojektfördermittel. Sie möchte gerne wissen, wo diese im Haushalt zu finden seien.

Frau Weymans erläutert, die beiden Positionen seien im Sachkonto Kulturförderung zusammengefasst.

Herr Dr. Miede hat noch eine Frage zu den Inhalten der neuen Vereinbarung mit Herrn Zanders bezüglich der Unterbringung der Stiftung Zanders im Kulturhaus Zanders.

Herr Mumdey erklärt, der ursprüngliche Vertrag aus dem Jahr 1989 sei im Juli 2010 ausgelaufen. Bis dahin habe die Stadt Miete und Mietnebenkosten für 63 % der Fläche bezahlt, sowohl für die Unterbringung der Stiftung Zanders als auch für die des Altenberger-Dom-Vereins. Danach habe es eine vertragslose Zeit gegeben. Ab dem 01.07.2012 gebe es eine neue Vereinbarung, aber nur für die aus dem Stiftungsrecht hervorgehende Verpflichtung der Unterbringung der Stiftung Zanders. Eine rechtliche Verpflichtung für die Unterbringung des Altenberger-Dom-Vereins gebe es nicht. Somit würden nur noch für 42 % der Fläche Miete und Mietnebenkosten berechnet. Auch seien die Konditionen für die Stadt nun günstiger. Im Jahr 2009 habe für 63 % der Fläche die monatliche Miete 4.532,40 € betragen, d.h. eine Jahresmiete i.H.v. 54.388,80 €. Der Anteil der Stadt an den Ne-

benkosten habe bei 26.268,47 € gelegen. Seit Juli 2012 betrage die Miete pro Monat 1.664 € für 42 % der Nutzfläche, ein deutlicher Unterschied zu 4.532 €. Das bedeute eine Jahresmiete i.H.v. 19.968 €. Ferner gebe es nach dem neuen Vertrag nun eine Nebenkostenpauschale i.H.v. 1.664 € pro Monat bzw. 19.968 € pro Jahr. Die Kosten seien somit erheblich gesunken.

### Produktgruppe Stadtbücherei

Frau Bischoff möchte gerne wissen, wie hoch die Landesmittel und der Eigenanteil der Stadt Bergisch Gladbach beim E-Book-Projekt seien (Seite 53).

Frau Lenz-Reichwein erklärt, bei diesem Landesprojekt handele es sich um ein außergewöhnliches Projekt. Das Land fördere die Anschaffung der E-Books mit 80 %. Die teilnehmenden Bibliotheken Bergisch Gladbach, Burscheid, Leichlingen, Radevormwald, Rösrath, Waldbröl und Wiehl hätten so nur einen Eigenanteil von 20 % aufzubringen. Für die Stadt Bergisch Gladbach betrage der Eigenanteil 4.731,50 €.

Herr Kleine möchte auch Frau Lenz-Reichwein und ihrem Team ganz herzlich für die gute Arbeit danken. Er möchte gerne noch wissen, warum der Geräteverleih eventuell eingestellt werde (Seite 51). Ferner möchte er gerne wissen, wer die Sponsoren für den Sommerleseclub 2012 gewesen seien. Bezüglich der Unterbringung der Stadtbücherei in neue Räumlichkeiten sehe auch die SPD-Fraktion Handlungsbedarf.

Frau Lenz-Reichwein erläutert, der Geräteverleih sei der Abteilung Technik der Stadtbücherei angegliedert. Der zuständige Mitarbeiter werde in 5 oder 6 Jahren ausscheiden. Sollte für ihn kein Nachfolger gefunden werden, der die Geräte auch reparieren und warten könne, werde man den Geräteverleih einstellen müssen. Am Sommerleseclub hätten sich mehrere Sponsoren beteiligt: Bürger für uns Pänz, Bestattungshaus Pütz-Roth, Isotec und die Bethe-Stiftung.

Herr Bernhauser hat noch eine Frage zu den Ausleihzahlen. Laut Vorlage seien die Ausleihzahlen in der Stadtbücherei im Forum um 8-9 % gesunken. Als Begründung sei der Umbau der Fußgängerzone und fehlender Parkraum angegeben. Es möchte gerne wissen, ob der Rückgang nicht auch an der fehlenden Öffnungszeit am Samstag liegen könne. Ferner sei in der Vorlage erwähnt, dass es vor einem Umzug in neue Räumlichkeiten wenig Sinn mache, personalaufwändige Änderungen der Geschäftszeiten zu veranlassen, nicht wissend ob ausreichend Personal in einigen Jahren noch zur Verfügung stünde. Er verstehe nicht, warum Änderungen der Geschäftszeiten personalaufwändig sein müssten. Die Geschäftszeiten könnten z.B. von einem Tag mit weniger Besuchern auf den Samstag verlagert werden. Über die Öffnung am Samstag habe der Ausschuss schon mehrfach diskutiert.

Frau Lenz-Reichwein antwortet, auch die Stadtbücherei habe dies schon häufiger diskutiert. Sie möchte aber auf die veränderten Rahmenbedingungen hinweisen. 1994 habe die Bücherei im Forum noch über 20,5 Planstellen verfügt. Heute seien es noch 10,5 Planstellen. Jede freiwerdende Planstelle sei nicht wieder besetzt worden. Die Personaldecke sei sehr dünn: Urlaubszeiten und Krankheitsausfälle müssten mitberücksichtigt werden. Die Bücherei verteile sich über drei Etagen, daher sei entsprechendes Personal für die Aufsicht nötig. Es sei geprüft worden, ob automatische Verbuchungsanlagen errichtet werden könnten. Dies sei aus brandschutztechnischen Gründen nicht möglich. Wenn die Bücherei auf einer Ebene untergebracht würde, könne man dort automatische Verbuchungsanlagen integrieren. Derzeit habe die Stadtbücherei 27 Ausleihstunden. Bei einer Verlagerung eines Ausleihtages auf den Samstag würden 5 Ausleihstunden fehlen bzw. müssten anderweitig verteilt werden. Eine Alternative könne die Beschäftigung von 400 €-Kräften sein. Es gebe regelmäßig Anfragen von Fachhochschulstudenten. Bei einem neuen Standort könne man auch über weitere Öffnungszeiten nachdenken.

Herr Dr. Bernhauser fragt nach, warum für anders gestaltete Öffnungszeiten mehr Personal benötigt werde.

Herr Dr. Miede bittet die Verwaltung zu prüfen, ob geringfügig Beschäftigte eingestellt werden könnten und in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu berichten. Er bittet Herrn Bernhauser seine Frage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

### Produktgruppe Volkshochschule

Frau Lehnert übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Dr. Killersreiter teilt mit, die Volkshochschule habe in 2012 bezüglich der Teilnehmerzahlen auf Grund der Baustelleneinrichtungen ein schweres Jahr hinter sich gebracht. Derzeit würden die Teilnehmerzahlen wieder ansteigen. Wie vom Ausschuss beschlossen, sei ein weiterer Hauptschulabschlusskurs eingerichtet worden. Auch dieser unterliege, wie auch die FOR-Kurse (Fachoberschulreife), Fluktuationstendenzen. Viele Teilnehmer kämen aus einem schwierigen psychischen und sozialen Umfeld. Nach den Sommerferien werde dem Ausschuss ein Zwischenbericht vorgelegt. Die großen Schwankungen bei den FOR-Kursen lägen vielfach daran, dass für viele Teilnehmer die Anforderungen einfach zu hoch gewesen seien.

Herr Dr. Miede möchte auf den Rückgang der Teilnehmerzahlen eingehen. Er möchte wissen, ob dies nur auf die Baustelle zurückzuführen sei oder nicht auch auf eine Verringerung des Kursangebotes.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, das Kursangebot sei nicht verringert worden. Allerdings seien nicht gedeckte Veranstaltungen, z.B. Einzelveranstaltungen mit zu geringer Besucherzahl, abgesagt worden. Somit entstehe automatisch eine Reduzierung. Sicherlich könne man nicht eins zu eins sagen, die Baustelle habe den Rückgang verursacht. Allerdings seien die Baustellensituation und die Parksituation gerade im Winter problematisch gewesen. Viele Menschen hätten sich da überlegt, ob sie die Einzelveranstaltungen besuchen sollten. Die Stammkundschaft habe sich durch die Baustellensituation nicht abschrecken lassen. Allerdings habe man auch keine Neukunden gewinnen können.

Herr Dr. Miede hat noch eine Nachfrage zu den Abschlüssen der FOR-Kursen mit Qualifikation. Er möchte gerne wissen, ob es noch eine weitere Erklärung für die geringe Anzahl der qualifizierten Abschlüsse in 2010 und 2012 gebe, außer die bereits genannten und ob nicht im Vorfeld Test durchgeführt worden seien.

Frau Dr. Killersreiter antwortet, die Teilnehmer würden unterschiedliche Grundvoraussetzungen mitbringen. Tests seien durchgeführt worden, aber man könne nicht alles durch Tests festlegen. Auch seien Förderunterrichtsstunden angeboten worden. Aber nicht alle Teilnehmer würden diese auch annehmen.

Herr Dr. Miede möchte abschließend noch den trotz aller Widrigkeiten hohen Kostendeckungsgrad positiv erwähnen und dankt Frau Dr. Killersreiter und ihrem Team für die gute Arbeit.

### Produktgruppe Haus der Musik

Herr Dr. Miede dankt Herrn Herweg für die gute Arbeit der Städtischen Max-Bruch-Musikschule. Besonders hervorheben möchte er die intensive Zusammenarbeit mit den Schulen (Seite 61).

Dem schließt sich der Ausschuss an.

Problematisch sehe er allerdings das sogenannte „Himmelheberkonzept“, nach dem ausgeschiedene Festangestellte nur noch durch Honorarkräfte ersetzt würden. Dies habe er schon vor Jahren beanstandet. Es bestünde die Gefahr der hohen Fluktuation der Honorarkräfte auf Grund der niedrigeren Vergütungen und der Ungleichheiten mit den festangestellten Lehrkräften. Die Kontinuität zwischen Musikschüler und -lehrer leide darunter. Er habe selber von Eltern gehört, dass dies ein Grund dafür sei, ihre Kinder nicht mehr an der Musikschule anzumelden. Bei den Haushaltsberatungen müsse hierüber noch einmal diskutiert werden.

Herr Herweg ergänzt, es sei auch ein soziales Problem. Erkrankte z.B. ein Honorarlehrer, erhalte er kein Honorar, ein fest angestellter Musiklehrer wohl. Derzeit betrage der Honorarstundensatz 23 €. Hinweisen möchte er aber auch noch auf ein anderes Problem. Die Unterrichtsorganisation werde vermehrt erschwert durch die Einführung oder die Ausweitung des Offenen Ganztags. Auf Grund des vermehrten Eigenbedarfs der Schulen an Unterrichtsräumen in den Nachmittagszeiten werde es immer schwieriger, das Kernangebot in den Schulen zu organisieren. Auch die immer engeren Vorgaben durch die Gebäudeverwaltung, was die Einsatzzeiten der Hausmeister betreffe, verengten den Spielraum.

Frau Beisenherz-Galas findet ebenfalls, dass die Personalproblematik, festangestellte Musiklehrer nach Ausscheiden durch Honorarkräfte zu ersetzen, eine unhaltbare Situation sei und der Ausschuss versuchen sollte, dies zu ändern.

Frau Koshofer schließt sich den Worten von Frau Beisenherz-Galas an.

#### Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz

Herr Dr. Miede übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Kleine möchte auch Frau Dr. Oelschlägel für die gute Arbeit danken. Besonders hervorheben möchte er die Kooperationsprojekte mit den Schulen. Je früher Kinder ans Museum herangeführt würden, desto weniger Schwellenängste bestünden später. Auch seien die Besucherzahlen wie auch die Anzahl der Fremdveranstaltungen angestiegen. Bezogen auf die personelle Situation in der Städtischen Galerie finde er, die Personalsituation der städtischen Kultureinrichtungen insgesamt müsse diskutiert werden.

Frau Bischoff schließt sich dem Dank von Herrn Kleine gerne an. Die Anzahl der Veranstaltungen in der Städtischen Galerie sei beachtlich. Sie möchte noch gerne wissen, ob etwas über die Altersstruktur der Besucher bekannt sei.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, im letzten Jahr habe man versucht die Zielgruppenanalyse zu spezifizieren. Viele junge Besucher würden über die Kindertagesstättenangebote und die Schulworkshops erreicht. Hier möchte sie exemplarisch auf die Kooperationen mit der Kindertagesstätte St. Laurentius und der Realschule im Kleefeld hinweisen. Ferner steige die Anzahl der Gruppenbuchungen. Auch für die älteren Besucher würde Angebote initiiert. Über das Kinderkünstlerfest, Jazz an der Strunde und ähnlichen Veranstaltungen versuche man junge Familien und Einzelbesucher zu erreichen.

Herr Dr. Speer teilt zum Bergischen Museum mit, mit verschiedenen Partnern plane man die Ausstellungskonzeption und die Didaktik in einem Dreijahresprojekt zu modernisieren. Finanziell beteiligten sich die Bethe-Stiftung, der Förderverein des Bergischen Museums und die Bensberger Bank. Die Firma Oevermann habe sich bereit erklärt, den Internetauftritt zu überarbeiten. Eine Projektförderung beim Landschaftsverband Rheinland sei angefragt. Städtische Mittel stünden durch Umschichtung korridorneutral zur Verfügung. Das Depot auf der Birkerhöhe werde zugunsten eines kleineren Depots aufgegeben. Insgesamt könnten so 115.000 € für die kommenden drei Jahre zur

Verfügung stehen. Dazu kämen dann noch Sachleistungen von Sponsoren. Er hoffe, im nächsten oder übernächsten Ausschuss eine definitive Aussage machen zu können, da die Entscheidung des Landschaftsverbands Rheinland noch nicht vorliege. Durch die Neukonzipierung erhoffe man sich, das Bergische Museum wieder attraktiver zu machen und neue Besucherkreise zu erschließen. Bedanken möchte er sich beim Förderverein und auch beim Vorstand des Fördervereins für die gute Zusammenarbeit.

Frau Koshofer möchte noch wissen, ob es dann auch einen Museumsleiter geben werde.

Herr Dr. Speer erklärt, es werde das Projekt „Neukonzipierung des Museums“ gefördert. Hierfür benötige man auch einen Projektleiter.

Herr Dr. Miede schließt die Diskussion zum Jahresbericht Kultur. Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**10. Jahresbericht des Stadtarchivs 2012**  
*0249/2013*

Herr Neu lobt die qualitativ und quantitativ hochwertige Arbeit des Stadtarchivs. Besonders herausheben möchte er die gute Zusammenarbeit mit den Schulen.

Frau Lehnert schließt sich den Worten von Herrn Neu an.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**11. Theaterbericht 2012 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**  
*0289/2013*

Frau Lehnert übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Pfenning erklärt, die geplante Zuschusskürzung ab 2014 um mehr als 25 % führe zu einer erheblichen Angebotskürzung des Theaterangebotes im Bürgerhaus Bergischer Löwe. Es könnte dann nur noch alle zwei Monate ein eigenes Stück gezeigt werden. Auf Grund der wenigen Veranstaltungen könne auch kein Abo mehr angeboten werden. Der Anteil der Vermietungen habe in den letzten Jahren gesteigert werden können, allerdings habe man hier keinen Einfluss auf die Qualität des Darbotenen und auch nicht auf die Eintrittspreise. Ferner ersetze eine Ballettschule kein Nederlands Dancetheater, bei Madame Butterfly werde es keine japanischen Schauspielerinnen mehr geben, sondern unterbezahlte osteuropäische. Berücksichtigen müsse man auch, dass der Bergische Löwe noch die Institution sei, die nach Geschäftsschluss noch Menschen in die Stadt ziehe und diese belebe. Hohe Parkgebühren und nicht mehr bezahlbare Eintrittspreise seien kontraproduktiv. Bedanken möchte er sich noch einmal ausdrücklich bei den Ausschussmitgliedern, die in den letzten Wochen mit ihm Gespräche über die Zukunft des Bergischen Löwen geführt hätten. Er habe parteiübergreifenden Zuspruch erfahren. Er hoffe, dass zusammen etwas erreicht werden könne, damit der Kultur-auftrag weiter ausgeführt werden könne.

Herr Dr. Miede möchte für die SPD-Fraktion eine Stellungnahme abgeben. Zuerst möchte er auf die geschichtliche Entwicklung eingehen, dann die Haltung der SPD darlegen und zuletzt zur Zukunft Stellung nehmen. Zum ersten Mal sei über die Problematik im ABKSS am 23.11.2010 bei der Haushaltsberatung gesprochen worden. Frau Dietsch habe damals darum gebeten zu prüfen, ob eine

Reduzierung des Zuschusses auf Grund der bestehenden Verträge mit dem Bergischen Löwen überhaupt möglich sei. Daraufhin habe er gesagt, er schließe sich Frau Dietsch an und habe ergänzt, der Theaterzuschuss werde ja jedes Jahr um 10 % weiter reduziert. Dem Theater würde somit die Möglichkeit genommen, entsprechende Aufführungen zu garantieren. In der Sitzung des ABKSS am 12.07.2011 habe man wieder über den Zuschuss diskutiert. Er habe damals erklärt, durch die Kürzung sei Herr Pfenning kaum noch in der Lage eine Planung für die Zukunft zu erstellen. Zuletzt habe Herr Zalfen am 20.09.2011 zum Tagesordnungspunkt Theaterbericht 2011 folgendes ausgeführt: „Die SPD-Fraktion sehe in dem Bürgerhaus Bergischer Löwe ein sehr wichtiges Gut dieser Stadt und lehne deshalb die Kürzung im Theaterhaushalt ab.“ Herr Dr. Miede erklärt, er habe für die SPD immer wieder deutlich gemacht, dass die SPD von Anfang an in diesen Fragen diese 10%igen Kürzungen verurteile. Alle Institutionen würden durch die 10%igen Kürzungen an den Rand ihrer Existenz geführt. In diesem Jahr sei bei dem Bergischen Löwen die Existenz nicht nur bedroht; der Bergische Löwe sei am Ende seiner Möglichkeiten. Er meine, hier müsse von allen – parteiübergreifend - mit Mut und Sachverstand über politische Grenzen hinaus, eine Lösung gefunden werden, die die Zukunft dieser Bildungsstätte für die Stadt Bergisch Gladbach sichere. Ab Seite 83 sei das Winterprogramm aufgeführt. Dies sei eine beschämende Aussage, die der Größe, dem Ansehen und der Tradition der Stadt Bergisch Gladbach nicht entspreche. Er halte dies Programm für „jammervoll“. Früher habe es mehrere Theaterringe und Opernringe gegeben. Heute gebe es noch zwei Theaterstücke (am 05.11.2013 und 18.03.2014). Er schlage vor, gemeinsam - parteiübergreifend - bei den Haushaltsberatungen sehr intensiv darüber nachzudenken, ob man tatsächlich diesen Weg, der - aus seiner Sicht sinnlosen - 10 %igen Kürzung weitergehen wolle und so nach und nach jeder der Institutionen „erledigen“ möchte oder ob man sich nicht zu rabiatischen oder gravierenden Maßnahmen entscheide, die natürlich Mut verlangten. Wenn alle der Auffassung seien, dass es so nicht weitergehen könne, dann solle man bei den Haushaltsberatungen gemeinsam überlegen, wie man diese Probleme angehen könne. Er sei weiterhin der Auffassung, sie seien als politisch Verantwortliche für diese Fragen zuständig. Die Verwaltung müsse sich dann nach den politischen Vor- und Maßgaben richten.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, sie stimme im Wesentlichen natürlich Herrn Dr. Miede zu. Es sei wichtig, diese Kulturinstitution zu retten. Allerdings halte sie das Programm für nicht so katastrophal wie Herr Dr. Miede. Angesichts der bestehenden Möglichkeiten finde sie dies Programm noch „wunderbar“. Aber dies sei nicht das eigentlich Thema. Sondern es gehe hier um die Kürzung des Zuschusses, der eigentlich nicht weiter gekürzt werden könne, wolle man nicht die Existenz des Bergischen Löwen auf's Spiel setzen. Sie beantrage, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, zu prüfen, ob man die einzusparende Summe nicht um die Hälfte, auf 45.000 €, reduzieren könne.

Frau Bischoff schließt sich inhaltlich Herrn Dr. Miede voll und ganz an. Sie unterstütze seinen Vorschlag, dies in die Haushaltsberatungen zu tragen und da intensiv zu diskutieren.

Herr Mömkes bittet die Kämmerei, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, wie evtl. diese Einsparmöglichkeit reduziert werden könne, damit man diesen dann in die Haushaltsberatungen einbeziehen könne.

Herr Kamp möchte auf die Tabelle Gewinn / Verlust pro Besucher (Seite 82) eingehen. Es gebe Veranstaltungen, die mit einem negativen Rohertrag abgeschlossen hätten. Er möchte gerne wissen, ob Herr Pfenning diese Veranstaltungen durchführen müsse, auch wenn von vornherein erkennbar sei, dass diese nicht mit einem positiven Ertrag abschließen, oder ob Herr Pfenning eine bestimmte Wahlfreiheit habe.

Herr Pfenning erklärt, es gebe Veranstaltungen, wie z.B. „Der Seefahrer“ oder „Der alte Mann und das Meer“, bei denen dies vertretbar sei. Es werde gutes Schauspiel geboten, und die Zuschauerzahlen seien hoch. Die Klassikveranstaltungen dagegen seien verlustreicher. Dies werde auch immer

wieder diskutiert. Trotzdem habe man es bisher für das klassikaffine Publikum angeboten. Ab 2014 sei dies aber nicht mehr möglich.

Frau Glamann-Krüger erklärt, auch die FDP-Fraktion betrachte die Entwicklung mit Besorgnis. Sie habe noch eine Frage zum Sponsoring. Bei verschiedenen Veranstaltungen stehe „präsentiert durch“. Sie möchte gerne wissen, ob es nicht möglich sei, dies auszuweiten, bzw. für jede Veranstaltung einen Sponsor zu finden.

Herr Pfenning führt aus, eine Veranstaltung bei der „präsentiert von“ stehe, werde nicht komplett vom Sponsor finanziert. Ferner sei es schwierig, dauerhaft Sponsoring zu erhalten. Es würden immer dieselben angesprochen, wie z.B. die Banken. Nichts desto trotz werde man diesen Weg weiterverfolgen.

Herr Kleine erinnert an den Zeitpunkt der damaligen Beschlussfassung. Damals habe man andere und dramatisch verschlechterte Rahmenbedingungen gehabt. Die jetzigen, veränderten Bedingungen sollten genutzt werden, die Entscheidungen noch einmal zu überprüfen.

Herr Dr. Miede möchte noch auf den Vorschlag von Frau Beisenherz-Galas eingehen. Diesen Weg solle man nicht beschreiten, da dies den „fortgesetzte Tod auf Raten“ bedeute. Auch der Gedanke der Ausweitung des Sponsorings sei verlockend. Allerdings sei Theater eine Kulturaufgabe. Eine Kulturaufgabe benötige immer einen Zuschuss. Man könne ein Theaterprogramm nicht nur danach ausrichten, dass es einen Überschuss erwirtschaftete. Er finde, man müsse hier generell eine Lösung finden und nicht weiter nach Ausflüchten suchen. Sonst stehe man in zwei Jahren vor demselben Problem.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, auch ihr sei daran gelegen, einen Konsens zu erreichen. Wenn die Diskussion in den Haushaltsberatungen geführt werde, ziehe sie ihren Antrag zurück. Sie habe noch eine letzte Frage. Sie möchte gerne wissen, warum beim Kultkino, das viele Menschen besuchten, kein Gewinn erzielt werde.

Frau Dietsch erklärt, die Einnahmen gingen an den Filmverleih für die Filmrechte. Durch den niedrigen Eintritt würden viele Jüngere in den Bergischen Löwen kommen.

Herr Mumdey gibt Herrn Kleine Recht. Der Haushalt sei das ureigenste Recht des Rates. Die Verwaltung führe die Ratsbeschlüsse aus. Der Rat habe die HSK-Maßnahme beschlossen. Diese müsse ausgeführt werden. Wenn man eine Veränderung vornehmen wolle, müsse der Rat bei der Beschlussfassung über den nächsten Haushalt bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes eine Änderung vornehmen. Möglich sei, weiterhin eine flächendeckende Kürzung vorzunehmen, wie in der Vergangenheit, oder man suche sich verschiedene Positionen raus und diskutiere diese bzw. man spreche über noch nicht andiskutierte Positionen. Dies muss natürlich dann im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen erörtert werden. Beachten müsse man aber dabei die Positionen im Korridor freiwilliger Leistungen. Auch hier könne man überprüfen, ob Positionen fehlten.

Herr Mömkes bittet Herrn Mumdey, diese Möglichkeiten aufzuzeigen.

Herr Kraus fragt, ob es nicht eine Möglichkeit sei, verstärkt Kabarett- und Comedy-Veranstaltungen anzubieten, da diese meist ausverkauft seien. Hier durch könne man den Bergischen Löwen auch noch präserter machen.

Herr Pfenning erklärt, dies werde bereits gemacht. Es seien noch einige Veranstaltungen in der Planung. Auch habe man Anfragen aus Köln und der Umgebung. Allerdings dürfe man dies auch nicht überstrapazieren. Die Veranstaltung „Kölsche Weihnacht“ sei ein paar Jahre sehr stark nachgefragt und ausverkauft gewesen. Seit zwei Jahren sei die Nachfrage rückläufig. Trotzdem werde

man dies verstärkt beobachten. Auch seien die Kabarett- und Comedy-Veranstaltungen nicht so zuschussträchtig, wie Oper, Operette und Theater.

Frau Koshofer findet, ein ausgewogenes Programm, wie es Herr Pfenning bisher immer angeboten habe, sei gewollt. Es sollte nicht zu sehr in eine Sparte gehen.

Frau Lehnert schließt die Debatte und übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Dr. Miede.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**12. Jahresbericht 2012 des Fördervereins des Schulmuseums Bergisch Gladbach e.V.**  
*0311/2013*

Frau Bischoff möchte sich bei Herrn Dr. Joerßen für die sehr gute Arbeit des Fördervereins des Schulmuseums bedanken.

Diesem Dank schließt sich der Ausschuss an

Herr Dr. Miede möchte noch die Sonderausstellung „Wie wir in Reih‘ und Glied marschieren lernen“ – Schule im Nationalsozialismus“ besonders herausgreifen, welche zusammen mit der Abiturklasse der Integrierten Gesamtschule Paffrath erarbeitet wurde und einen unglaublichen Zuspruch erfahren habe. Dies zeige, dass dieses Museum nicht nur ein Museum sei, sondern auch eine didaktische Anstalt.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**13. Jahresbericht 2012 Bürgerzentrum Steinbreche**  
*0286/2013*

Herr Kleine dankt dem Vorsitzenden des Trägervereins Bürgerzentrum Steinbreche Refrath e.V., Herrn Mömkes, für die gute Arbeit.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**14. Seniorenkulturwoche**  
*0293/2013*

Herr Dr. Speer teilt mit, der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann habe die Vorlage in seiner Sitzung am 27.06.2013 behandelt. Das Programm sei als sehr interessant und kulturelle vielseitig gelobt worden. Es sei noch die Frage nach der Bewerbung der Seniorenkulturwoche gestellt worden. Die Kulturwoche werde wie folgt beworben: 5.000 Flyer würden über das Kulturbüro, das Seniorenbüro, den Seniorenbeirat, den Trägern der Seniorenhilfe, den Seniorenbegegnungsstätten und Altenclubs in der Stadt verteilt. Über die Pressestelle werde Rundfunk und Presse informieren. Dazu sei das Programm über die städtische Internetseite und den Kulturticker abrufbar (<http://www.bergisch->

[gladbach.de/Seniorenkulturwoche.aspx](http://gladbach.de/Seniorenkulturwoche.aspx)). Ferner werde beim Kultur- und Stadtfest am 07./08. September Werbung gemacht.

Frau Lehnert erklärt, auch die CDU-Fraktion halte die Seniorenkulturwoche für ein durch und durch gelungenes Projekt. Es sei sehr vielseitig. Erstaunlich sei auch die Anzahl der verschiedenen Akteure, die hier zusammengebracht worden seien. Sie freue sich auf das Projekt und hoffe, dass es ein voller Erfolg werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**15. Kulturprojektförderung 2012**  
*0310/2013*

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**16. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

**17. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Anfrage Frau Scheerer:

Frau Scheerer möchte gerne wissen, an welchen Grundschulen und an welchen weiterführenden Schulen es integrative Klassen gebe.

Herr Pütz erklärt, integrativen Klassen / gemeinsamer Unterricht / integrative Lerngruppen gebe es an der GGS Katterbach, GGS An der Strunde, GGS Heidkamp, KGS Bensberg, KGS Frankenforst und KGS Steinbreche. An den weiterführenden Schulen böten dies die IGP, die Otto-Hahn-Realschule und beide Hauptschulen an. Das Gymnasium Herkenrath überlege im nächsten Schuljahr eine integrative Lerngruppe einzuführen. Auf Nachfrage, ob dies ausreiche, erklärt Herr Pütz, bisher habe man jedem Wunsch nach gemeinsamer Beschulung nachkommen können.

Anfrage Frau Bischoff:

Frau Bischoff teilt mit, sie habe zur Fakultät für Kommunikations- und Informationswissenschaften der Fachhochschule Köln Kontakt aufgenommen. Es gebe die Möglichkeit, dass die Fachhochschule zusammen mit der Stadtbücherei ein Modernisierungs-/Optimierungskonzept für die Stadtbücherei entwickle. Sie möchte gerne Fragen, ob der Ausschuss damit einverstanden sei, dass die Verwaltung mit der Fachhochschule ein Sondierungsgespräche führe.

Herr Dr. Mieke erklärt, dieses Angebot nehme der Ausschuss dankend an.

Anfrage Frau Dönmez:

Frau Dönmez hat eine Frage zu den Schließungen der Sportstätten an Brückentage. Herr Klein habe schon einmal gefragt, warum die Sportstätten an Brückentagen geschlossen seien. Damals habe er die Antwort erhalten, die Sportstätten seien aus Kostengründen geschlossen, wie z.B. Heizkosten. Dies stimme aber nicht, da die Heizungsanlagen auch an Brückentagen liefen. Zum anderen hätten die Sportvereine Schlüsselgewalt. Daher möchte sie noch einmal die Frage stellen, ob man an Brückentagen nicht die Sportanlagen offen halten könne, damit die Vereinsmitglieder Sport treiben könnten.

Herr Dr. Mieke antwortet, diese Angelegenheit sei bereits mehrfach im Ausschuss diskutiert worden. Problematisch sei das Offenhalten der Turnhallen ohne aufsichtsführende Personen. Es seien durch Vandalismus Schäden entstanden, die nicht vertretbar seien. Die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Anfrage Frau Dönmez:

Frau Dönmez hat eine Frage zu den Schäden, die durch Reinigungskräfte in den Sporthallen, speziell in der Realschule Im Kleefeld entstanden seien. Sie möchte gerne wissen, wer die Kosten für die Schäden, die entstanden seien, bezahlt habe.

Herr Dr. Mieke erklärt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Anfrage Herr Kamp:

Herr Kamp möchte gerne einen Sachstand zum Sportplatz Refrath und ob die Bezirksregierung die Mittel für die Sanierung bewilligt habe.

Herr Mumdey erklärt, er habe mit Frau Hammelrath wiederholt über dieses Thema gesprochen. Das Land habe noch verschiedene Daten abgefragt. Eine Bewilligung liege aber noch nicht vor. Ohne Bewilligung könne aber nicht begonnen werden.

Anfrage von Herrn Dr. Mieke:

Herr Dr. Mieke bittet um einen Terminplan bzgl. der Sanierung der Otto-Hahn-Schulen und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums. Er bittet um schriftliche Beantwortung.

Gez.

Dr. Wolfgang Mieke  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Gez.

Dr. Lothar Speer  
Fachbereichsleiter

Gez.

Petra Weymans  
Schriftführerin